# Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Millimeter (Preisliste Nr. 6, gültig vom 15. 2. 35).
Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Realschulstraße 14. Fernsprecher 3054. Annahmestellen für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinxperloer Straße 55 (L. Florack), Burloer Weg 2 (G. Rötten), Schwanenstraße 2 (B. Unland), Sachsenstraße 69 (H. Nakotte), Tenkingstraße 14 (K. Quirmbach), Gneisenaustraße 35 (H. Querbach), Potsdamstraße 2 (W. Hoves). — Geschäftsstelle Rhede: Deichstraße 28, Fernsprecher Amt Rhede 79.

# Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 151 | Sonntag, den 2. Juni 1935 | Jahrgang 1935


## Rumänien und die Sowjetunion.

Von unserem Balkankorrespondenten.

ml **Bukarest**, 29. Mai.

Sechs Monate sind verstrichen, seitdem Rumäniens Außenminister, Herr Titulescu, die Beziehungen seines Landes zu Sowjetrußland nach einer Unterbrechung von über eineinhalb Jahrzehnt neuerlich aufgenommen hat. Die Bilanz dieser kurzen Zeit ist schwer zu ziehen, immerhin war sie reich an Abwechslungen der verschiedensten Art. Unter diesen Umständen ist der Reise Titulescus, des Bukarester Diktators in außenpolitischen Fragen, nach Moskau, die in der ersten Junihälfte stattfinden soll, eine gewisse Bedeutung zuzulegen. Zwar liegen hier Gerüchte und Tatsachen weit voneinander, es wird von den verschiedensten Pakten gesprochen, die zur Unterzeichnung kommen sollen, der Aufenthalt des Ministers und eines ganzen Stabes von Begleitern in der russischen Hauptstadt soll angeblich zehn Tage währen, und das sei ein Beweis für die Bedeutung dieser Reise und vieles andere mehr. Alle diese Prophezeiungen gehören ins Gebiet des Unwahrscheinlichen. Daß Titulescu in Konsequenz seiner Politik in absehbarer Zeit einmal nach Rußland fahren würde, war sicher, daß er aber seinen Moskauer Besuch auf das Allernotwendigste an Zeit begrenzen wird, darf als ebenso sicher hingestellt werden. Hinzu kommt, daß etwaige politische Besprechungen von Bedeutung zwischen der Sowjetunion und Rumänien auf diplomatischem Wege geführt oder gelegentlich der persönlichen Begegnungen in Genf, wie dies bisher immer der Fall war, erledigt wurden. In Moskau selbst dürfte somit der Leiter der rumänischen Außenpolitik lediglich die letzte Feile anlegen, was mit zwei oder drei Besprechungen geschehen kann.

Es ist bezeichnend, daß in Bukarester politischen Kreisen der Anzahl der Stimmen, die diese Reise befürworten, eine gleiche Anzahl an Stimmen gegenübersteht, die sich schärfstens dagegen aussprechen. Der Hauptbeweggrund der letzteren ist zweifellos die starke Abneigung, die weite rumänische Kreise gegen Rußland haben. Dabei ist mit diesem offenen Widerstand tatsächlich Rußland gemeint und nicht etwa nur Sowjetrußland. Die gegenwärtige innere Verfassung Rußlands ist in diesem Zusammenhange lediglich ein Moment, das die Ablehnung verschärft. Der Kommunismus mit seinem internationalen Programm wird von der rumänischen Oeffentlichkeit so gut wie einhellig und mit großer Entschiedenheit abgelehnt. Es ist also durchaus nicht etwa so, daß Widerstände lediglich von der Rechten oder von der äußersten Rechten herkommen, wenn diese auch gerade in diesem Zusammenhange vielleicht eindeutiger auftritt als andere Kreise, die glauben, irgend eine diplomatische Rücksicht üben zu müssen. Der Widerstand gegen Rußland ist vielmehr in der rumänischen Geschichte eine oft wiederkehrende Erscheinung, die nichts zu tun hat mit der jeweiligen Verfassung der beiden Staaten. Es ist ein Widerstand, der sich einfach aus dem Größenverhältnis der beiden Staaten ergibt und aus der Tatsache, daß Rumänien mit Rußland nicht immer, ja sogar nur äußerst selten günstige Erfahrungen gemacht hat. Für Rußland führte der Landweg nach Konstantinopel immer über Rumänien, und wenn sich die russische Politik in diesem Zusammenhange auch geändert hat, so ist die Frage doch berechtigt oder man stellt sie sich wenigstens in rumänischen Kreisen, ob diese Aenderung eine grundsätzliche ist und Moskau mit der Vergangenheit endgültig gebrochen hat oder aber ob die Aenderung nicht etwa lediglich opportunistisch ist, das heißt im Sinne der Propaganda des gegenwärtigen Rußlands liegt.

Einen nicht unwesentlichen Anlaß für die Stellung dieser Frage gibt Bessarabien. Die bessarabische Frage ist seit dem Abkommen zwischen Titulescu und Litwinow, sowie seit dem Londoner Abkommen, das den Angreifer definierte, aus der Diskussion verschwunden. Nunmehr aber, da durch die sogenannten gegenseitigen Hilfeleistungspakte ein neues System in die europäische Politik einzieht, ist diese Frage neuerlich von mehreren Seiten aufgeworfen worden, insbesondere im Zusammenhang mit dem Beistandspakt der tschechoslowakischen Republik mit der Sowjetunion. Dieser Vertrag ist für Rumänien aus dem Grunde von besonderer Bedeutung, weil Rumänien an allen außenpolitischen Aktionen der Tschechoslowakei durch das enge Bündnis zwischen den beiden Staaten aufs stärkste berührt wird. Wenn sich nämlich der Fall ergeben sollte, daß die Sowjetunion auf Grund des Beistandspaktes der von einem dritten Staate angegriffenen Tschechoslowakei zu Hilfe kommen müßte, dann müßten die Truppen der Roten Armee über rumänisches Gebiet nach der Tschechoslowakei transportiert werden. Dies ergibt sich aus der Tatsache, daß die Tschechoslowakei und Sowjetrußland keine gemeinsame Grenze haben, sondern durch Polen, das niemals einen Transport sowjetrussischer Truppen durch sein Gebiet zugeben wird, und durch Rumänien voneinander getrennt sind. Der Möglichkeit eines Transports roter Truppen sieht man aber in rumänischen Kreisen mit größtem Unbehagen entgegen. Die russische Propaganda schweigt wohl augenblicklich über Bessarabien, aber dieses Schweigen ist lediglich opportunistischen Ursprungs und Charakters. Einen grundsätzlichen Verzicht auf Bessarabien, eine grundsätzliche Anerkennung der bestehenden Grenzen zwischen Rumänien und der Sowjetunion hat Moskau bisher noch nicht ausgesprochen.

Im Zusammenhange mit diesem Fragenkomplex steht das Problem eines Schwarz-Meer-Locarno. Es ergibt sich aus dem Verlangen der türkischen Regierung nach Aufhebung der Neutralisierung der Dardanellen. Die Türkei stellt die Alternative: entweder ein Locarno der Schwarzen-Meer-Staaten, das heißt also Anerkennung und Garantie der bestehenden Grenzen durch ein gemeinsames Abkommen der Uferstaaten des Schwarzen Meeres, oder aber Aufhebung der Entmilitarisierung der Meerengen und Befestigung der Dardanellen und des Bosporus und Schutz der Meerengen durch türkische Truppen. Dieses Verlangen ist von Bedeutung auch hinsichtlich der Durchfahrt von Kriegsschiffen durch diese Meerengen, die bisher derartig geregelt ist, daß die Tonnageverteilung sich streng danach richtet, daß sie die Höchstziffer des größten Schwarzen-Meer-Uferstaates nicht überschreitet. Auf diese Weise hat die Sowjetunion ein gewisses Uebergewicht über die anderen Staaten, die am Schwarzen Meer liegen. Rußland wünscht naturgemäß diesen Besitzstand beizubehalten und unterstützt die türkische Forderung. Für Rumänien ist diese Forderung weniger annehmbar, da die rumänischen Interessen in der Neutralität der Dardanellen mit der durch sie gegebenen Möglichkeit sowohl der ungehinderten Ausfahrt in das Weltmeer wie vor allem rascher und gründlicher Hilfeleistung durch verbündete Kriegsschiffe im Ernstfall verankert sind. Aus diesem Grunde zieht Rumänien ein Schwarzes-Meer-Locarno allen anderen Regelungen vor. Kommt es zu einem derartigen Pakt, so ist auch nicht bloß die Frage der Dardanellen im Einvernehmen mit Rumänien gelöst, sondern auch die Anerkennung der gegenwärtigen Grenze zwischen der Sowjetunion und Rumänien gegeben. Denn die Sowjetunion wird sich einem Vertrage nicht entziehen können, der ihr Rückendeckung nach Westen gewährt. Die geplante Reise Titulescus nach Moskau muß somit von diesen politischen und psychologischen Voraussetzungen ausgehen. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß diese Voraussetzungen reibungs- und konzessionslos in dem Umfange gegeben sind, wie dies eben angedeutet wurde.

## Bouisson fordert gleiche Vollmachten wie Flandin.

### Die neue französische Regierung.

(!) **Paris**, 1. Juni.

Die Verhandlungen Bouissons mit den Abgeordneten, die er für sein Kabinett zu gewinnen suchte, waren gegen 1 Uhr nachts abgeschlossen. Die Ministerliste sieht folgendermaßen aus:

Ministerpräsident und Inneres: Ferdinand Bouisson (parteilos),
Staatsminister: Caillaux, Senator (Radikalsoz.), Herriot, Abg. (Radikalsozialist), Louis Marin, Abg. (Rep. dem. Ver.), Marschall Petain,
Auswärtiges: Laval, Abgeordneter (unabhängig),
Justiz: Pernot, Abgeordneter (Rep. soz. Vereinig.),
Krieg: General Maurin,
Kriegsmarine: Pietri, Abgeordneter (Linksrepublikaner),
Luft: General Denain,
Handel: Laurent Eynac, Abgeordneter (Radikale Linke),
Finanzen: Palmade, Abgeordneter (Radikalsozial.),
Nationale Erziehung: Mario Roustand, Senator (Radikalsoz.),
Oeffentliche Arbeiten: Paganon, Abgeordneter (Radikalsozialist),
Kolonien: Louis Ronein, Abgeordneter (Radikale Linke),
Arbeit: Frossard, Abgeordneter (Sozialist),
Pensionen: Perfetty, Abgeordneter (Radikalsoz.),
Gesundheitswesen: Ernest Lafont, Abgeordneter (Sozialist),
Post: Mandel, Abgeordneter (unabhängig),
Unterstaatssekretär bei der Ministerpräsidentschaft, Cathala Abgeordneter (Radikale Linke).

Der bisherige Minister für die Handelsmarine Bertrand befindet sich an Bord des französischen Dampfers „Normandie" auf einer Reise nach Amerika und wird erst nach seiner Rückkehr nach Paris abgelöst werden.

Ministerpräsident Bouisson.

Ministerpräsident Bouisson wird sich am Samstag um 11 Uhr ins Elysee begeben, um dem Präsidenten der Republik, Lebrun, sein Kabinett vorzustellen. Die Verordnungen über die Ernennung der neuen Kabinettsmitglieder werden im „Journal offiziell" vom Sonntag erscheinen.

Das Kabinett Bouisson ist das 98. seit Bestehen der französischen Republik und das 9. der gegenwärtigen 15. Legislaturperiode. Es umfaßt 22 Persönlichkeiten, und zwar 21 Minister und einen Unterstaatssekretär. Drei Minister sind Senatoren, 14 sind Abgeordnete, drei sind Nichtparlamentarier (Marschall Pétain, General Maurin und General Denain). Neun der Minister des Kabinetts Bouisson gehörten bereits dem Kabinett Flandin an. Drei der Mitglieder der Regierung Bouisson sind zum ersten Male Minister geworden, und zwar die Abgeordneten Frossard, Perfetty und Ernest Lafont.

Durch die Hereinnahme eines bisherigen Altsozialisten (Frossard), und eines Neusozialisten (Ernest Lafont), sowie durch Heranziehung von Linkspolititern aus dem Kreise Chautemps-Daladier scheint sich das neue Kabinett vor allem nach links hin verbreiteter zu haben. Der Weggang des Frontkämpfervertreters Rivollet als Pensionsminister dürfte dazu bestimmt sein, etwaige Widerstände von Rentenempfängern gegen Sparmaßnahmen leichter abwehren zu können.

Durch seine ununterbrochene neunjährige Amtszeit als Kammerpräsident hat der neue Ministerpräsident eine große politische Erfahrung sammeln können, die ihm jetzt zustatten kommen wird. Das Kammerpräsidium war für ihn ein guter Beobachtungsposten nicht nur während der Parlamentsdebatten, sondern auch im Verlaufe der einzelnen Regierungskrisen, bei denen das Staatsoberhaupt stets zuerst die Ansicht und den Rat der Präsidenten von Kammer und Senat einzuholen pflegt.

Parteipolitisch bleibt nach der Absage der beiden sozialistischen Parteien die Mehrheit des Kabi-

## 20000 Tote in Quetta.

### Die Erdbebenkatastrophe in Beludschistan.

£ **London**, 1. Juni.

Nach den letzten in der Nacht zum Sonnabend eingelaufenen Meldungen sind bei dem Erdbeben in der zerstörten Stadt Quetta 20000 Menschen ums Leben gekommen. Die Verluste der Europäer betragen etwa 100 Tote und 200 Verletzte. Bisher sind 50 Europäer und 153 Inder lebend aus den Trümmern geborgen und ins Krankenhaus gebracht worden. Nach bisher unbestätigten Meldungen steht der Hauptbazar im Zentrum von Quetta in Flammen, die durch einen heftigen Sturm angefacht werden.

Die 60 Meilen nordöstlich von Quetta liegende Grenzstadt Tschaman soll durch Erdbeben dem Erdboden gleichgemacht sein. Auch die Ortschaften Kalat und Mustang sind zum großen Teil zerstört. Auf den offenen Plätzen in Quetta werden Zelte für die Obdachlosen errichtet. Von Karachi sind Sonderzüge und Flugzeuge unterwegs, um Hilfe zu bringen.

Das englische Luftministerium veröffentlichte am Freitagabend eine offizielle Liste der 34 englischen Flieger, deren Tod bisher festgestellt worden ist. 12 weitere Mitglieder der Fliegertruppen werden für tot gehalten. Nach einem im Indien-Ministerium eingegangenen Bericht ist beinahe die gesamte Polizeitruppe von Quetta ums Leben gekommen. Die Todesfälle unter dem Militär dagegen sollen gering sein.

★

Quetta, die Hauptstadt der britisch-indischen Provinz Beludschistan, hat etwa 50 000 Einwohner und als strategisch wichtiger Eisenbahnknotenpunkt eine große Garnison (22 000 Mann) und eine starke Festung, die die nach Südafghanistan und Ostpersien führenden Straßen beherrschen.

### 13 alte Marineflaggen erhielten das Frontkämpferkreuz.

Am Tage der ruhmvollen Seeschlacht vor dem Skagerrak wurde im Lichthof des Berliner Zeughauses der alten Marine eine besondere Ehrung zuteil. Der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Admiral Dr. h. c. Raeder, zeichnete 13 Kriegsflaggen der alten Marine, darunter die Flaggen der „Breslau", „Goeben", „Scharnhorst", „Tsingtau" und verschiedener U-Boote, mit dem Ehrenkreuz für Frontkämpfer aus. Im Anschluß daran fanden eine Kranzniederlegung am Ehrenmal und ein Vorbeimarsch der Wachkompagnie statt. Dieses Bild vermittelt einen Eindruck von der erhebenden Feier in dem Lichthof des Berliner Zeughauses. (Scherl-M)


Eine seit 27 J. bestehende (3281
Stellmacherei u. Wagenbauerei
ist wegen Sterbefall mit sämtlich. elektr. Maschinen zu vermieten.
Die Werkstatt ist 2 Stock je 70 qm groß Mie pr. 40 Mk. monatl. Frau Ww. H. Korte, Boitrop i. W., Kaiserstraße 38.

Ex tions! Zu kauf. od. zu mieten ist ein schön., gutgelegen. Wohn- und Geschäftshaus, 10 Räume u. ein Ladenlokal. Haus ist lang. J. ein Lebensmittelgeschäft betrieb. word. Anlad. groß. Gemüs.-u. Obstgrt. Die Besitzg. liegt in Borken. Näh. H. Tempelmann, Herz-Borken. Tel. Borken 2023

netts Bouisson etwa dieselbe, die das Kabinett Flandin zum Zeitpunkt seiner Bildung besaß.

Der Ministerpräsident soll die Absicht haben, in der Kammer am Dienstag die gleichen Vollmachten zu beantragen, wie Flandin sie gefordert hatte und dann einige Tage später — etwa am 9. Juni — das Parlament in die Ferien zu schicken. Die Regierung würde dann auf Grund des Ermächtigungsgesetzes die Verteidigung der Währung als ihre Hauptaufgabe betrachten und sich ihr ganz widmen.

Im großen Ganzen hat die erste Regierung Bouisson eine günstige Aufnahme gefunden.

## Die „Regierung der Verteidigung des Franc".

(!) **Paris**, 1. Juni.

Die Bildung des Kabinetts Bouisson hat sich am Freitag bis in die Nachtstunden hinausgezogen, sodaß die Morgenblätter zwar schon den Regierungschef, aber meist noch nicht die Zusammensetzung des Kabinetts kannten. Die Aufnahme, die der in weiten Kreisen beliebte bisherige Kammerpräsident als Regierungschef in der Presse findet, ist freundlich. Man gewinnt den Eindruck, daß die Oeffentlichkeit ihm keine Schwierigkeiten in den Weg legen, sondern im Gegenteil dazu beitragen wird, ihm bei der Verteidigung der Währung die bestmögliche Unterstützung zu leihen. Wenn das Parlament die gleiche Einstellung beweist, wird Ministerpräsident Bouisson in einer Atmosphäre der Entspannung arbeiten können, die seinem Vorgänger nicht beschieden war.

Der „Matin" bezeichnet mit Befriedigung die Tatsache, daß alle Vorkämpfer der Abwertung von der Regierung streng ferngehalten worden seien, deren wesentliches Programm die Verteidigung des Francs und die Erlangung der Vollmachten zur besseren Verteidigung der Währung sei. Die gefundene Formel sei ausgezeichnet und beruhigend.

Auch „Journal" hebt hervor, daß das Kabinett Bouisson keine Anhänger der Abwertung in sich aufgenommen habe. Es wolle die französische Währung entschieden verteidigen. Der neue Ministerpräsident werde von der Kammer verlangen, daß sie ohne Reden und ohne irgendwelche Abänderung den Wortlaut des Vollmachten-Antrages annehme, über den das Kabinett Flandin gestürzt ist.

„Petit Parisien" spricht von einem „Kabinett der Verteidigung des Francs". Jetzt müsse nach dem Muster der Einigung innerhalb der Regierung auch die Einigung eines Parlaments und eines Landes zustande kommen.

„Figaro" führt aus, die Kammer hätte vor einigen Tagen die Vollmachten sachlich gern bewilligt, nur nicht zu Gunsten eines Kabinetts Flandin. Jetzt sei die Lage so, daß die Kammer die Vollmachten Bouisson persönlich ganz gern geben würde, aber sie ihm aus sachlichen Gründen nicht zu geben wünsche. Das ergebe eine ziemlich verwickelte Lage.

„Quotidien" hält Bouisson nicht für den richtigen Mann am richtigen Platz. Das Blatt nennt es ein außerordentlich bedenkliches Zeichen, daß der bisherige Kammerpräsident selbst als Regierungschef Vollmachten gegen die Kammer beantragen werde. Wenn Herriot auf der Linken nicht mehr die Verteidigung des Parlaments übernehme, wer solle dann noch das Parlament verteidigen? Bouisson steige von seinem Präsidentensessel herunter, um die Verfassung im Stich zu lassen. Im Anschluß daran spricht sich das Blatt für den freien Goldverkehr aus in dem Sinne, daß auch der kleine Kapitalist oder Sparer Gold kaufen könne, nicht aber nur der, der über 220 000 Francs verfügt, um einen 12-kg-Block kaufen zu können.

## Haussuchung beim „Petit Journal".

DNB **Paris**, 1. Juni.

Im Laufe des Freitags hat die Polizei in Banken und bei Privatleuten in 17 Fällen Haussuchungen abgehalten, um Währungsspekulationsmanöver aufzudecken. Ueber das Ergebnis und über die Mehrzahl der Namen wird Stillschweigen bewahrt. Auch bei einer Firma, die mit Edelmetallen handelt, erfolgte Haussuchung und die Kundenliste wurde von den Untersuchungsbeamten eingesehen. — Eine Haussuchung fand auch im Büro des Direktors der Zeitung „Petit Journal", die sich in Artikeln für eine Abwertung eingesetzt hat, statt. In einer Mitteilung erklärt der Direktor der Zeitung, Lejène, er habe den Polizeikommissaren seine Scheckhefte und seine Bankbücher zur Einsicht vorgelegt und betont, daß er weder mittelbar noch unmittelbar, weder für sich noch für jemand anders Franken, Dollar, Pfunde oder sonstige fremde Devisen gekauft oder verkauft habe. Die Polizeikommissare hätten sich darauf wieder entfernt, ohne irgendwelche Akten mitzunehmen.

## Frankreich kündigt das deutsch-französische Warenabkommen.

DNB **Paris**, 1. Juni.

Nach einer amtlichen Mitteilung hat die französische Regierung vor einigen Tagen den Beschluß gefaßt, das deutsch-französische Warenabkommen vom 26. Juli 1934, das am 1. Juli 1935 abläuft, zu kündigen. Gleichzeitig läuft zu diesem Zeitpunkt das Abkommen (accord) über die Zahlungsregelung ab. Die Anwendung dieser letzteren Konvention sei auf Schwierigkeiten gestoßen, die unaufhörlich zunahmen, und die bisher unternommenen Bemühungen zur Behebung dieser Lage hätten nicht die gehofften Ergebnisse gezeitigt. Unter diesen Umständen habe es sich als unerläßlich herausgestellt, Verhandlungen nur auf einer Grundlage wieder aufzunehmen, die es erlaube, die Lösung des Zahlungsproblems mit dem des Handelsproblems eng zu verbinden. Die Kündigung könne also in keiner Weise als ein Bruch ausgelegt werden. Sie bezwecke nichts anderes, als den Unterhändlern die Handlungsfreiheit zu geben, die für die Schaffung eines stabileren und befriedigenderen Regimes des deutsch-französischen Warenaustausches unerläßlich sei.

★

Es handelt sich bei dem jetzt von den Franzosen gekündigten deutsch-französischen Abkommen um ein Zusatzabkommen zum Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 26. Juli 1934. Dieses Abkommen enthielt eine große Liste von Meistbegünstigungen und dergleichen. Es war zunächst auf die Dauer von sechs Monaten abgeschlossen und wurde jeweils um drei Monate verlängert, wenn es nicht mit einer Frist von einem Monat gekündigt wurde. Der erste Kündigungstermin war der 31. Mai. Die Franzosen haben diesen Termin wahrgenommen und damit läuft das Warenabkommen am 1. Juli 1935 ab. In der Kündigung aber ist der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die neuen Verhandlungen, deren Beginn für den 11. Juni bereits angesetzt ist, zu einer neuen Regelung dieses Fragenkomplexes führen werden, sodaß kein vertragloser Zustand eintritt.

# Hoffnung auf baldigen Abschluß des Luftpaktes.

## Der „diskrete" Charakter der Unterhausaussprache.

£ **London**, 1. Juni.

Wie die englische Presse berichtet, hatte die Regierung Maßnahmen getroffen, um der außenpolitischen Unterhausaussprache am Freitag einen beschränkten und „diskreten" Charakter zu verleihen, da sie keine Störung der zurzeit noch schwebenden Vorbereitungen für die Luftpaktverhandlungen wünschte. Die Redner der Regierungsparteien und der Opposition wurden vor und während der Aussprache von Sir John Simon, Baldwin und den Parteieinpeitschern gebeten, ihre Ausführungen entsprechend einzuschränken. Nach der Aussprache sei eine gewisse Kritik an Winston Churchill geübt worden, der anscheinend der Bitte der Regierung nicht nachkommen wollte und etwas „zu frei" gesprochen habe. „Daily Telegraph" meldet, daß es das Foreign Office lieber gesehen hätte, wenn am Freitag überhaupt keine außenpolitische Aussprache stattgefunden hätte.

Die „Times" schreibt, aus der Rede Sir John Simons könne man mit Befriedigung feststellen, daß die englische Regierung, wenn vielleicht auch etwas verspätet, zu der Ansicht zurückgekommen sei, der Luftpaktplan sei der aussichtsreichste und versprechendste Vorschlag des Londoner Protokolls vom 3. Februar.

**Endlich sei die bestimmte Aussicht vorhanden, daß die Verhandlungen vorwärtsgetrieben würden.**

Tatsächlich sei von Anfang an eine völlige Uebereinstimmung in dem Wunsch nach einem Luftpakt vorhanden gewesen. Der ursprüngliche Gedanke, den Luftpakt prompt auszuhandeln, sei aber infolge der Vorstellungen der Sowjetregierung durch die Ansicht ersetzt worden, daß die gesamten Vorschläge des Londoner Protokolls gleichzeitig behandelt werden sollten. Nachdem die verschiedenen Vorschläge beinahe vier Monate lang untersucht worden seien, bestehe jetzt aber nicht der geringste Zweifel, daß der Luftpaktplan bei weitem der wertvollste sei. Das Blatt fordert dann die sofortige Unterzeichnung eines Luftpaktes, in dem zunächst lediglich der Grundsatz der gegenseitigen fliegerischen Unterstützung der Unterzeichnerstaaten gegen einen Angreifer festgelegt werde.

**Man müsse dringend hoffen, daß die englische Regierung nicht diese neue Gelegenheit verpassen werde, indem sie zuviel auf einmal versuche.**

Sir John Simon habe anscheinend die gleichzeitige Aushandlung der Luftstärken der Unterzeichnerstaaten im Sinne. Aber die tatsächliche Unterzeichnung eines Abkommens, durch das die Streitkräfte der anderen Partner gegen einen Angreifer aufgeboten würden, sei an sich so einfach, so lebenswichtig und so im Einklang mit den anderen Verhandlungszielen, daß sie unter keinen Umständen durch Verzögerungen in anderen Punkten aufgehalten werden sollte. Das Unterhaus habe daher die Andeutung Sir John Simons begrüßt, daß die Verhandlungen augenblicklich auf diplomatischem Wege fortgesetzt werden sollen. Schließlich bemerkt das Blatt, man müsse sich natürlich stets die Möglichkeit vor Augen halten, eine niedrigere Luftstärke als die jetzt geplante zu vereinbaren. Aus diesem Grunde sei es besser, daß die englische Regierung sich nicht von anderen Regierungen „überrüsten" lassen wolle und damit zum Ausdruck bringe, daß andere Staaten mehr durch Verhandlungen zu gewinnen haben als durch irgendwelche Einschüchterungsversuche.

**Alle Staaten kämen mehr und mehr zu der Einsicht, daß unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Umständen die Rüstungsanhäufung ein unmittelbarer Beitrag zur staatlichen Verarmung ist. Es sei zu hoffen, daß der Erzielung der Parität natürlicherweise eine Begrenzung und der Begrenzung eine Herabsetzung folge.**

Aber es wäre das beste für jeden Beteiligten, wenn der Vorgang „kurzschlußartig" erfolgt und wenn eine niedrigere Zahl eher früher als später angenommen wird.

„Daily Telegraph" erklärt, daß Frankreich der Maßstab bei den Erwägungen über die Luftrüstungsbegrenzung sein müsse. Der Kern der Lage sei der, daß die Begrenzung auf dem Wege der Parität der Luftpaktmächte zu suchen ist. Auch der Vorschlag Hitlers, den Bombenabwurf auf die Zivilbevölkerung zu verbieten, stehe im Einklang mit den englischen Bestrebungen. Das englische Volk müsse einsehen, daß es noch ein weiter Weg sei, bevor eine wirkliche Luftparität erreicht werden könne.

**Pflicht der Regierung sei es, alles aus den günstigen Abschnitten des kürzlichen Beitrages Hitlers zum europäischen Frieden herauszuholen, was sie könne.**

Gleichzeitig müsse sie sich aber daran erinnern, daß selbst, wenn die gegenwärtigen Verhandlungen zu einem Luftpakt für die Westmächte führen, immer noch die andere Hälfte Europas ungesichert bleibe. Tatsächlich aber sei der Friede unteilbar.

Die Oppositionspresse beklagt sich darüber, daß die englische Regierung anscheinend immer noch nicht beschlossen habe, eine entscheidende Führung in den kommenden Verhandlungen zu ergreifen.

Die „Morningpost", die öfter die Ansicht französischer Kreise wiedergibt, erklärt als einzige Zeitung, daß der ganze Luftpaktgedanke „nebelhaft und undurchführbar" sei. Es sei nicht einzusehen, wie der Luftpakt seinen Zweck, den Locarnopakt zu verstärken, erfüllen solle. Ein Beistand in der Luft müsse sofort einen Beistand zu Lande und zu Wasser zur Folge haben. In der Frage der Begrenzung der Luftrüstungen habe die Abrüstungskonferenz gezeigt, daß die Schwierigkeiten beinahe unüberwindlich seien. Auch eine Parität des sogenannten potential de guerre sei nicht möglich. Zwei Nationen könnten sich zwar auf eine Friedensstärke von 2000 Maschinen einigen. Wenn aber die eine innerhalb von sechs Monaten nach Kriegsausbruch 2000 weitere Maschinen herstellen könne und die andere nur 200, dann würde die ganze Grundlage der angeblichen Gleichheit verschwinden. Schließlich könne niemand den vergleichsweisen militärischen Wert des Verkehrsflugwesens von zwei Staaten feststellen.

## Nervöse Pariser Stimmen.

DNB **Paris**, 1. Juni.

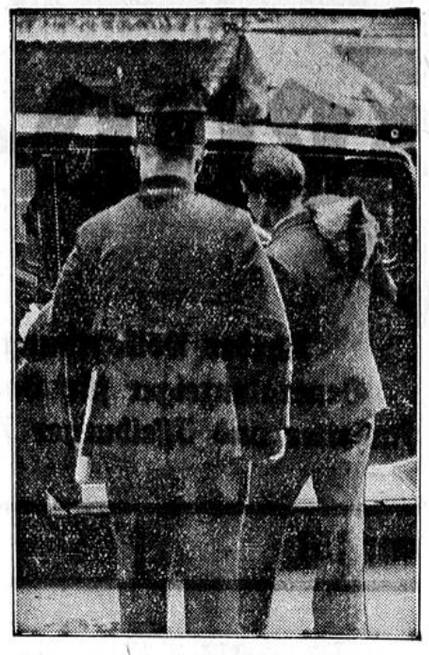
Trotz der Regierungskrise in Frankreich beschäftigen sich einige größere Pariser Zeitungen mit der englischen Unterhausdebatte und dem Luftpaktproblem.

Der Außenpolitiker des „Echo de Paris" behauptet, Deutschland suche die sogenannte Stresa-Front zu schwächen und in England fänden die Kassandra-Rufe Winston Churchills und des Generals Spears nicht genügend Gehör. Eine Sonderverhandlung über den Luftpakt möge noch hingehen, aber dieser und der Donaupakt müßten gleichzeitig unterzeichnet werden. Wenn es den Deutschen gelänge, mit England ein Flottenrüstungsabkommen zu schließen, dann würde sich das Londoner Kabinett damit noch mehr von Frankreich und Italien entfernen. Es werde wohl nicht dazu kommen, daß man durch einen westlichen Luftpakt Frankreich von Osteuropa wegisoliere. Aber die Stimmung sei einem aktiven und allgemeinen Schutz des europäischen Friedens sicher ungünstig. Allerdings sei England zur Aufrüstung entschlossen, aber durch willkürliches Zögern und Schwanken nehme der englische Premierminister dieser Aufrüstung ihre Präventivwirksamkeit.

Das „Oeuvre" erklärt, das Foreign Office scheine sehr wohl zu begreifen, daß die europäischen Länder in eine Zeit diplomatischer Manöver und Gegenmanöver eintreten. Deutschland suche Zeit zu gewinnen, England von Frankreich wegzulotsen und Italien wieder zu einer Deutschland günstigen Haltung zu bestimmen. Im übrigen erklärt das Blatt, daß Deutschland den französisch-russischen Vertrag als mit Locarno unvereinbar scharf angreife.

Der „Figaro" erklärt, die Haltung Deutschlands selbst werde den Druck, der von der Stresa-Politik ausgehe, regeln. Als Kriterium für den Friedenswillen Deutschlands nennt das Blatt den Ostpakt.

Die „Republique" schlägt vor, Frankreich möge bedingt auf Luftpaktverhandlungen eingehen, deren Ergebnis aber in der Schwebe bleiben müsse, bis die französischen Forderungen erfüllt seien.



**Säckeweise wird das Gold aus den französischen Banken getragen.**

Die beruhigenden Erklärungen der gestürzten französischen Regierung haben die französische Bevölkerung nicht überzeugen können. Nach wie vor werden erhebliche Goldmengen aus den französischen Bankhäusern gezogen. Dieses Bild, das soeben vor einer französischen Bank aufgenommen wurde, zeigt, wie das Gold mit Säcken in Sicherheit gebracht wird. (Scherl-M)

## Die Umbildung des britischen Kabinetts.

DNB **London**, 1. Juni.

Im Zusammenhang mit der Kabinettsumbildung werden der Innenminister Sir John Gilmour und der Kolonialminister Sir Philipp Cunliffe-Lister voraussichtlich ins Oberhaus berufen werden. Diese Ernennung werden wahrscheinlich am kommenden Freitag zusammen mit den übrigen Kabinettsänderungen im amtlichen Mitteilungsblatt der Regierung veröffentlicht werden und nicht, wie ursprünglich angenommen, in der Geburtstagsehrenliste des englischen Königs.

## Enttäuschung über Roosevelt.

DNB **Newyork**, 1. Juni.

In Newyorker Finanzkreisen bedauert man den Pessimismus, den Präsident Roosevelt am Freitag in seiner Ansprache vor der Presse durchblicken ließ. Man vermißt die zuversichtliche Note, die die bisherigen Reden des Präsidenten auszeichneten und befürchtet, daß eine mißverständliche Auffassung der Ansprache in der breiten Oeffentlichkeit den gegenwärtigen Uebergangszustand zur wirtschaftlichen Erholung ungünstig beeinflussen könnte.

Die Morgenpresse bespricht die Rede mit ziemlicher Schärfe. Die unabhängig-demokratische „Times" sagt, manche Aeußerungen der Rede klängen mehr wie ein Verzweiflungsschrei und nicht wie eine Mahnung zum Mut. Die republikanische „Herald Tribune" schreibt, Amerika werde durch diese Haltung stark enttäuscht werden. Es sei sicherlich berechtigt, mehr Beherztheit von einem Präsidenten zu erwarten, der nicht gezögert habe, so kühn zu führen, während die allgemeine Strömung mit ihm gegangen sei.

## Entspannung in Nordchina.

### Die Forderungen Japans.

DNB **Tokio**, 1. Juni.

Außenminister Hirota erstattete am Freitag im Kabinettsrat eingehend über die Lage in Nordchina Bericht. Er erklärte hierbei, daß die ganze Angelegenheit nach den bestehenden Verträgen durch die Militärstellen in Kwantung zu regeln sei. Er stellt folgende Forderungen auf, die China zu erfüllen habe: Nämlich den Rücktritt des militärischen Befehlshabers in Nordchina, Generals Yu, anzuordnen, weiter die Verlegung der Kommandostellen von Tientsin nach Paoting südlich von Peiping zu befehlen und schließlich alle antijapanischen oder antimandschurischen Organisationen aufzulösen, ebenso die Organisationen der Blauhemden und der Politischen Propagandaabteilung, die in erster Linie für die Unruhen verantwortlich sei. Als viertes und letztes forderte Hirota noch, daß China unter eigener Verantwortung für die Sicherheit und die Ordnung in der entmilitarisierten Zone zu sorgen habe. Im Anschluß an den Kabinettsrat äußerte Takahashi, der Senior der Minister, man müsse in der Politik gegenüber China Ruhe, Großzügigkeit und Zurückhaltung bewahren; China könne sich nicht von heute auf morgen umstellen, nachdem es lange Jahre hindurch eine japanfeindliche Politik geführt habe.

Eine Entspannung der Lage lassen auch die Meldungen aus Schanghai erkennen, wo die Regierungsstellen gegenüber den scharfen Erklärungen der japanischen Militärs in Nordchina Zurückhaltung und Mäßigung üben und betonen, daß die japanischen Militärs bisher ja nur mündliche Proteste abgegeben hätten. Das Außenamt in Schanghai erhofft offensichtlich eine friedliche Regelung der Vorfälle durch lokale Verhandlungen des chinesischen Kriegsministers Hoyingchin mit den Japanern. Eine baldige Beilegung des Streitfalles wird allgemein erwartet.

## Bischof Dr. Berning über die Devisenverfehlungen von Ordensleuten.

× **Osnabrück**, 1. Juni.

Anläßlich der Generalversammlungen der Päpstlichen Missionswerke, die in jedem Jahre in einer anderen deutschen Diözese stattfinden und diesmal in Osnabrück tagen, fand am gestrigen Abend im Dom eine Missions-Feierstunde statt, an der Bischof Dr. Wilhelm-Berlin, drei deutsche Missionsbischöfe und Fürst Aloys von und zu Löwenstein, der Präsident des Päpstlichen Werkes der Glaubensverbreitung, teilnehmen. Nach einer Rede des Fürsten Löwenstein über die Aufgaben der Mission und den deutschen Anteil an ihr nahm Bischof Dr. Wilhelm Berning das Wort. Er sprach von den Triebkräften für die Mission und führte darunter auch die Liebe zum deutschen Volke an. Hierbei kam er auf die Devisenprozesse zu sprechen. Er führte aus:

Wir Deutsche verlangen unseren Anteil an der Weltwirtschaft. Wir Deutsche verlangen auch, daß wir an der Verbreitung christlicher Kultur in der ganzen Welt beteiligt werden; es stehen je 26 Priesterorden in Deutschland zur Verfügung, die ihre Mitglieder hinaussenden in alle Teile der Welt. Nun ein ernstes Wort. In unserer Zeit wird, wenn einmal Ordensleute gegen Staatsgesetze bedauerlicherweise verstoßen haben, das oft der ganzen Ordensgenossenschaft oder allen Orden oder gar der katholischen Kirche zur Last gelegt. Was einzelne verschuldet haben, das verallgemeinert man in ungerechter Weise, und man vergißt und verschweigt dabei, welche reichen Verdienste die deutschen Ordensgenossenschaften sich seit Jahrhunderten um die Caritas und die Erziehung der Jugend in der ganzen Welt erworben haben. Die deutschen Missionare bleiben auch in der Fremde, was sie sind: Angehörige des deutschen Volkes. Sie behalten auch draußen die ihnen von Geburt und Erziehung angestammte völkische deutsche Eigenart. Jeder deutsche Missionar, der Christus predigt in der weiten Welt, der christliche Kultur und Zivilisation, christlichen Glauben und christliche Caritas verbreitet, wirkt dazu mit, daß das deutsche Heimatland auch in der Ferne geschätzt und geliebt wird. Unsere deutschen Missionare sind stets Pioniere deutschen Ansehens und deutscher Kultur gewesen, sie haben auch gar oft dem deutschen Handel neue Wege erschlossen, der deutschen Wirtschaft große Vorteile gebracht. Wer darum unsere deutschen Missionsgesellschaft in ihrer Arbeit unterstützt, der dient damit auch seinem geliebten deutschen Volke und Vaterlande.

## Haussuchung bei der Hilfsgemeinschaft kath. Wohlfahrts- und Kulturpflege.

:: **Berlin**, 1. Juni.

Die Justizpressestelle Berlin teilt mit: Bei der ständig fortschreitenden Untersuchung der von Angehörigen katholischer Klöster begangenen Devisenvergehen hat sich der dringende Verdacht ergeben, daß auch die Hilfsgemeinschaft katholischer Wohlfahrts- und Kulturpflege, Gemeinnützige Aktiengesellschaft Berlin, sich der Mitwirkung an Devisenvergehen schuldig gemacht hat.

Auf Anordnung des Generalstaatsanwalts beim Landgericht Berlin wurde daher durch die Zollfahndungsstelle eine Durchsuchung der Geschäftsräume der genannten Gesellschaft vorgenommen. Da hierzu Zollfahndungsbeamte nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung standen, wurden zu technischen Hilfeleistungen, insbesondere zum Absperrdienst, auch Kriminal- und Staatspolizeibeamte hinzugezogen. Die Sichtung des beschlagnahmten Materials dauert an.

## Blutiger Zwischenfall auf dem Bahnhof Dijon.

DNB **Paris**, 1. Juni.

In der vergangenen Nacht nahmen drei Aufsichtsbeamte der Eisenbahn auf dem Bahnhof Dijon einen Mann fest, der ihnen verdächtig vorkam. Der Betreffende ließ sich ohne Widerstand auf die Bahnhofswache führen, zog aber in einem unbewachten Augenblick einen Revolver und gab auf die drei Beamten mehrere Schüsse ab, worauf er flüchtete. Einer der Bahnbeamten ist seinen Verletzungen erlegen, die beiden anderen sind schwer verwundet. Man hat Anhaltspunkte über die Persönlichkeit des Täters, der aus Marseille stammen soll.

## Neue Zusammenstöße in Belfast.

DNB **London**, 1. Juni.

In der nordischen Hauptstadt Belfast kam es in der Nacht zum Sonnabend wieder zu größeren parteipolitischen Unruhen. Im Dockgebiet der Stadt wurden vereinzelt Polizisten von Unruhestiftern überfallen und mit Steinen bombardiert. Polizeiliche Verstärkungen und Panzerkraftwagen mußten eingesetzt werden, um größere Zusammenstöße zu verhindern. Die Polizei mußte an einer Stelle mit Gummiknüppeln gegen Angriffslustige vorgehen. Nach Mitternacht wurde das ganze Unruhegebiet von einer Polizeikette umstellt.

## Große Ueberschwemmungen in Nebraska.

DNB **Mc. Cook** (Nebraska), 1. Juni.

Hochwasser des Flusses Republican verursachte verheerende Ueberschwemmungen in großen Teilen von Nebraska. Die Fluten spülten zwei kleine Orte in Südwest-Nebraska fort, und man befürchtet, daß zahlreiche Todesopfer zu beklagen sind. Auch wurde eine Brücke fortgerissen; dabei sind sechs Menschen ertrunken. Viele Wohnhäuser treiben den Republican hinunter.

---

Das Fürstentum Liechtenstein hat am Sonntag in der Volksabstimmung die Einführung der Verhältniswahl für den Landtag mit 1319 Stimmen gegen 1182 Ja-Stimmen abgelehnt. Während das Oberland die Vorlage mit 895 Ja- gegen 773 Nein-Stimmen annahm, hat sich das Unterland mit 546 gegen 287 Stimmen dagegen entschieden. Der Abstimmungskampf war sehr heftig.

Auf dem Kaspischen Meer geriet ein sowjetrussischer Tankdampfer in Brand. Von den an Bord befindlichen 29 Personen, unter denen vier Familienangehörige von Besatzungsmitgliedern waren, konnten nur zwei gerettet werden.